

Politische Institutionen und Staatstätigkeit

Ein Vergleich der Schweizer Gliedstaaten

Adrian Vatter, Markus Freitag, Marc Bühlmann und Christoph Müller

Fragestellung:

Empirischer Ausgangspunkt des Projekts ist die Beobachtung, dass trotz des föderalen Zusammenschlusses die 26 Schweizer Kantone nicht zu homogenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einheiten geworden sind. Die Fragestellung ist, inwiefern diese unterschiedlichen kantonalen Leistungsprofile durch die Vielfalt kantonalpolitischer Institutionen bedingt sind.

Methode:

Der Untersuchungszeitraum des Projekts fokussiert sich auf die Jahre zwischen 1980 und 2000. Die Forschungsmethode ist die des quantifizierenden – weitgehend auf statistischen Tests beruhenden – Vergleichs einer Vielzahl von Kantonen.

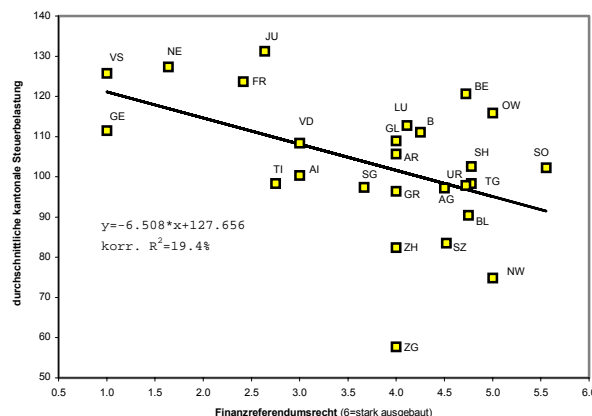
Das kantonale Finanzreferendum:

Immer mehr Länder Europas verfallen dem Charme der direkten Demokratie. Von dreissig europäischen Staaten, die sich seit dem Fall der Mauer 1989 eine neue Verfassung gaben, schrieben nur drei (Bosnien, Tschechien und Jugoslawien) das Recht auf direktdemokratische Mitbestimmung nicht fest. Befürworter der direkten Demokratie weisen darauf hin, dass diese wirtschaftliche Vorteile wie beispielsweise niedrigere Ausgaben und Steuersätze, eine tiefere Verschuldung und ein höheres wirtschaftliches Wachstum garantiert. Direkt-demokratische Beteiligung führt demnach zusätzlich zu periodisch wiederkehrenden Wahlen zu erhöhten Kontrollmöglichkeiten der gewählten Politiker und sorgen dafür, dass diese weniger gut für sich oder die eigene Klientel Vergünstigungen oder Vorteile herausholen können. Im Rahmen des hier präsentierten Forschungsprojekts wurden einige der vorangehend genannten Zusammenhänge auf ihre empirische Relevanz hin überprüft. An dieser Stelle sollen kurz ein paar wichtige Resultate vorgestellt werden.

Ergebnisse:

Das Finanzreferendums erwies sich als besonders wirksames Instrument direktdemokratischer Beteiligung. Die häufige Nutzung desselben korrespondiert mit einer höheren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der betroffenen Kantone (vgl. Freitag & Vatter 2000). Ein ausgebautes Finanzreferendumsrecht bewirkt ausserdem eine niedrige Steuerbelastung (vgl. Freitag, Müller & Vatter 2002, siehe Abbildung).

Finanzreferendumsrecht und kantonale Steuerbelastung (1992-2000)



Obwohl die in den Kantonen (und Gemeinden) gemachten Erfahrungen mit dem Finanzreferendum bezüglich wirtschafts- und finanzpolitischer Performanz ermutigend sind, ist dessen Einführung bei der Reform der Volksrechte auf Bundesebene kein Thema.

Veröffentlichungen:

- FREITAG & VATTER (2000): Direkte Demokratie, Konkordanz und wirtschaftliche Leistungskraft. Ein Vergleich der Schweizer Kantone. in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 136: 579-606.
- VATTER & FREITAG (2002): Die Janusköpfigkeit von Verhandlungsdemokratien. Zur Wirkung von Konkordanz, direkter Demokratie und dezentralen Entscheidungsstrukturen auf den öffentlichen Sektor der Schweizer Kantone. i.E. (Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 3, 2002).
- FREITAG, MÜLLER, & VATTER (2002): Direkte Demokratie und Steuerstaat. IPW-Paper.
- MÜLLER: Steuerwettbewerb und direkte Demokratie in den Schweizer Kantonen. i.E. (Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft).
- FREITAG & BÜHLMANN: Politische Institutionen und Bildungsausgaben. Zur Wirkung sozioökonomischer Bedingungen, kultureller Einflüsse und politischer Institutionen im Vergleich der Schweizer Kantone. i.E. (Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft; Sonderheft, Heft 1, 2003).
- Diverse Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung.